

Jonathan Sperber, *Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848–1849*, Princeton University Press, Princeton/New Jersey 1991, 528 S., geb., 75 \$.

Marcel Seyppel, *Die Demokratische Gesellschaft in Köln 1848/49. Städtische Gesellschaft und Parteientstehung während der bürgerlichen Revolution (Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur, Bd. 15)*, Janus Verlagsgesellschaft, Köln 1991, kart., 44 DM.

Die Regionalgeschichte der Revolution(en) von 1848/49 ist bisher höchst ungleichmäßig erforscht: Während im Norden und vor allem im Osten ›Deutschlands‹ noch große Lücken klaffen, sind der Süden und der Westen des Deutschen Bundes inzwischen ziemlich flächendeckend untersucht. Nach den gründlichen Studien namentlich von Hummel (1987) für München/Bayern und von Wettengel (1989) für die hessischen Staaten liegt mit der Arbeit von Sperber eine vergleichende Untersuchung auch für die bayerische Pfalz, die preußische Rheinprovinz sowie Rheinhessen vor. Während Sperber mit seiner Untersuchung einen recht großen geographischen Raum ›abdeckt‹, nimmt Seyppel die größte Stadt des Rheinlands, Köln, genauer in den Blick. Beide Untersuchungen beziehen neben dem Revolutionsjahr 1848 auch den Vormärz sowie die Reichsverfassungskampagne mit ein. Sie beschränken sich darüber hinaus entgegen den Titeln ihrer Bücher nicht allein auf die Darstellung der revolutionär-demokratischen Bewegung, sondern skizzieren in groben Zügen auch die Entwicklung der liberal-konstitutionellen, der politisch-katholischen und der konservativen Organisationen, um darauf aufbauend die Spezifika der rheinischen Demokratie besser herausarbeiten zu können.

Stärker als üblich hebt Sperber in seiner Untersuchung immer wieder die Bedeutung der Konfessionen für die frühe Parteienbildung heraus – zu Recht, denn bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts spielte die Religion eine weit größere Rolle, als dies viele Historiker des 20. Jahrhunderts aus der Rückschau annehmen; zudem blieben bis zur Revolution politische und religiöse Konflikte häufig unentwirrbar miteinander verquickt. Die konfessionellen Unterschiede – so ein zentrales Ergebnis seiner Untersuchung – hätten das Organisationsverhalten und die Präferenzen für die verschiedenen politischen Strömungen stärker geprägt als die sozialen Gegensätze. Politisiert wurde die konfessionelle Spaltung durch den Staat und die von ihm (Bayern bzw. Preußen) praktizierte Politik gegenüber den konfessionellen Minderheiten (bzw. mit Blick auf die untersuchten Regionen: Mehrheiten). Daß in der Pfalz die Protestanten weit stärker als die zumeist loyalistischen Katholiken den Demokraten zuneigten, während umgekehrt im preußischen Rheinland die Protestanten in ihrer Mehrheit stark konservativ-monarchistisch geprägt waren und die Katholiken in Opposition zur preußischen Krone standen, wird von Sperber mit einer Fülle von empirischem Material überzeugend belegt. Die überragende Bedeutung der Konfessionen für Politisierung und politische Polarisierung der Bevölkerung läßt sich freilich nicht grundsätzlich verallgemeinern; es handelt sich vielmehr um einen regional spezifischen Typus des Politisierungsprozesses während der Revolution: Dort, wo die Obrigkeit einer anderen Konfession als die Untertanen angehörten, begünstigten Kirchenpolitik und konfessionell bedingte Diskriminierung der ›einheimischen‹ Bevölkerung die Opposition, und zwar entweder ultramontane Strömungen (Pius-Vereine) oder die demokratische Bewegung. Neben den untersuchten Gebieten – darauf weist Sperber gleichfalls (S. 481) hin – galt dieser Typus von Politisierungsprozeß auch z. B. für Schlesien. In Regionen dagegen, wo die Konfessionen der Obrigkeit und der Untertanen übereinstimmten oder sich nur graduell unterschieden (Reformierte/Lutheraner), entzündete sich revolutionäres Potential (so wäre Sperber zu ergänzen) in erster Linie an (anderen) Aspekten sozialer und politischer Diskriminierung – obwohl auch hier religiöse Momente wie die Kontroverse zwischen der in

der preußischen Amtskirche dominierenden konservativ-protestantischen Orthodoxie und der dem theologischen Rationalismus verpflichteten, religiösen Dissidentenbewegung der Deutsch-Katholiken und ›Lichtfreunde‹ eine nicht zu unterschätzende Politisierungsfunktion spielen konnten.

Auch in anderer Beziehung relativiert Sperber die Dominanz sozialökonomischer Faktoren für das Wahl- und Organisationsverhalten, namentlich das Engagement in der demokratischen Bewegung. Von größter Bedeutung für das Selbstverständnis der Demokraten im Südwesten Deutschlands sei die »jakobinische Erbschaft« gewesen. In der Tat weist Sperber überzeugend nach, daß die rheinischen und pfälzischen Demokraten des Jahres 1848 politische Begrifflichkeit und Schlagworte wesentlich der großen französischen Revolution von 1789 ff. entlehnten und hier vor allem auf die jakobinische Terminologie zurückgriffen (Sperber, bes. S. 289 ff., S. 490 f.). Den hohen Stellenwert der jakobinischen Traditionen für die demokratisch-revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 herausgearbeitet zu haben, ist zweifelsohne eines der großen Verdienste der Arbeit Sperbers, die die Forschung zur 1848er Revolution (hoffentlich) allgemein befruchten werden. Denn diese Traditionen wirkten zwar in den von Sperber untersuchten, Frankreich unmittelbar benachbarten Regionen des Deutschen Bundes besonders stark nach; sie lassen sich jedoch ebenso in demokratischen Hochburgen im Osten des deutschen Sprachraumes, z. B. in Berlin, nachweisen und prägten hier gleichfalls das Sprachverhalten nicht weniger Revolutionäre. Mit Blick auf dieses Phänomen folgert Sperber deshalb nicht ganz zu Unrecht (wenn auch etwas überspitzt), daß 1848/49 eher ein politischer Endpunkt als ein politischer Anfang gewesen sei (Sperber, S. 490). Seyppel dagegen entgeht der hohe Stellenwert der jakobinischen Traditionen, obwohl er einige der Ereignisse, die Sperber als Beleg heranzieht, gleichfalls schildert (vgl. Seyppel, S. 269; Sperber, S. 291).

Sonst kommen Seyppel und Sperber häufig zu ähnlichen Ergebnissen: Frauen spielten in der demokratischen Bewegung, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Rolle; die unter den Demokraten herrschenden, geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen unterschieden sich im Grundsatz nicht von denen der Konservativen und Liberalen (vgl. Sperber, S. 248–253; Seyppel, S. 92). Während in dieser Hinsicht ältere Untersuchungen bestätigt werden, revidieren Seyppel und Sperber in anderer Hinsicht »klassische« Vorurteile: Den Demokraten gelangen vor allem im Herbst 1848 und im Frühjahr 1849 beträchtliche politische Einbrüche auch im Militär, nicht zuletzt unter den in der preußischen Rheinprovinz stationierten Soldaten (vgl. Sperber, S. 244–248; Seyppel, bes. S. 138, S. 153–156). Stärker als Sperber, der seinerseits das demokratische Feindbild ›Rußland‹ ausführlicher thematisiert (S. 268 f.), arbeitet Seyppel die Bedeutung der ›Polenfrage‹ für das Selbstverständnis der Kölner Demokraten heraus: Die Ablehnung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Polen durch die Paulskirche Ende Juli stieß hier auf massive Kritik. Am Beispiel der ›Polenfrage‹ macht Seyppel überzeugend deutlich, daß die Forderung nach nationaler Einigung spätestens seit Sommer 1848 kein gemeinsamer Nenner von Liberalen und Demokraten mehr war. »Die Solidarität mit unterdrückten Minderheiten und der plakative Protest gegen Aspekte der preußischen Großmachtspolitik, insbesondere nach der Annexion Posens, waren von Verbitterung über die frömmelnde und mystisch aufgeputschte Nationalbegeisterung geprägt.« Die »deutsche Bewegung« wurde, so Seyppel in Anlehnung an Siemann, in eine national-antagonistische und eine national-demokratische Spielart »polarisiert« (S. 200 f., S. 205 ff.). Beide Verfasser widmen sich außerdem ausführlich der Rolle der Bürgerwehr (Seyppel, S. 187–195; Sperber, S. 170–172). Sperber weist zudem nach, daß die demokratische Bewegung in der Agrarbevölkerung vor allem der Pfalz und Rheinhessens zahlreiche Anhänger besaß (vgl. Sperber, bes. S. 201, S. 242 ff., S. 484 ff.) – ein Ergebnis, das die Untersuchungen Wettengels bestätigt und mit älteren Vorurteilen wohl endgültig aufräumt.

Der höchst anregenden Studie Sperbers tut es im übrigen keinen Abbruch, daß manche

seiner Schlußfolgerungen überzogen oder m. E. falsch sind: Auf S. 206 konstatiert er (in Widerspruch zu Jacob Toury, auf den Sperber sich u. a. bezieht, und zum Teil auch in Widerspruch zu den von ihm selbst vorgelegten Daten auf S. 207, Tab. 5.8), daß Juden in der demokratischen Bewegung im Vergleich zur jeweiligen jüdischen Gesamtbevölkerung nicht überrepräsentiert waren (im Gegensatz dazu: Seyppel, S. 138). Seine Ansicht, daß die Historiker, die ein überproportionales Engagement von Juden innerhalb der demokratischen Bewegung konstatiert haben, Vorurteilen aus der NS-Ära aufgesessen seien, dürfte (vorsichtig formuliert) zu kurz greifen. Wenn politisch aktive Juden überwiegend in demokratischen Vereinen organisiert waren (was sich m. E. nicht bestreiten läßt), dann lag dies wohl in erster Linie daran, daß die Demokraten ohne Wenn und Aber die vollständige Judenemanzipation forderten, während unter Konservativen judenfeindliche Ressentiments gerade auch im Revolutionsjahr weiterhin stark verankert blieben und Liberale selbst dann, wenn sie den Abschluß der Emanzipation im Grunde befürworteten, leicht geneigt waren, an die (preußische) Krone und Kamarilla – und die dort weiter bestehenden judenfeindlichen Unterströmungen – taktische Zugeständnisse zu machen. Aus angelsächsischer Perspektive verständlich, aber gleichfalls überzogen ist ferner die Schlußbemerkung Sperbers, die deutschen Demokraten, von denen nach 1849 tatsächlich viele nach Nordamerika emigrierten und sich am amerikanischen Bürgerkrieg beteiligten, hätten mit ihrem revolutionären Aktivismus mehr für den Sieg der republikanischen und demokratischen Ideale in den USA getan, als daß sie Spuren in »central Europe« hinterlassen hätten (Sperber, S. 491 ff.). Vielleicht ist diese Schlußfolgerung auch unfreiwilliges Resultat einer gewissen Unterbewertung der Rolle der Arbeiterbewegung, deren Wiedergeburt und rascher Aufschwung in den sechziger Jahren, ähnlich wie die Entstehung des Linksliberalismus, ohne die Vorerfahrungen der Jahre 1848/49 kaum denkbar ist.

Diese Kritik ändert nichts daran, daß namentlich Sperber eine fundamentale und auch sprachlich niemals langweilige Arbeit vorgelegt hat, die den Rahmen einer Regionalstudie im engeren Sinn bei weitem sprengt. Getilgt wurden nicht nur »weiße Flecken«. Seine und ebenso Seyppels Studie werden die Diskussion über wichtige Grundfragen der Revolution von 1848 zweifelsohne in starkem Maße bereichern. *Rüdiger Hachtmann, Berlin*

Sonja-Maria Bauer, Die verfassungsgebende Versammlung in der badischen Revolution von 1849. Darstellung und Dokumentation (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, hrsg. v. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 94), Droste-Verlag, Düsseldorf 1991, 377 S., Ln., 78 DM.

Baden stand im Zentrum der zweiten und letzten Phase der deutschen Revolution von 1848/49. Nur in diesem Land gelang es der revolutionären Bewegung des Jahres 1849, den gesamten Staatsapparat zu übernehmen, darüber hinaus demokratische Wahlen auszusprechen und auch durchzuführen – ein vor dem Hintergrund des rasch wachsenden äußeren politischen und militärischen Drucks keineswegs leichtes Unterfangen. Die von der revolutionären Regierung Badens ausgeschriebenen Wahlen waren – so betont Sonja-Maria Bauer in der für den Druck überarbeiteten Fassung ihrer Dissertation zu Recht – die demokratischsten, die bis zu diesem Zeitpunkt in Deutschland abgehalten wurden: Sie waren im Gegensatz zu den Landtagswahlen des Vormärz geheim und direkt – letzteres auch im Unterschied zum indirekten Wahlsystem der nationalen Wahlen vom Mai 1848, bei denen durch die Zwischenschaltung von Wahlmännern gemäßigt-bürgerliche Kräfte ein überproportionales Gewicht erhalten hatten.